

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

AFRIKA UND NAHOST

**(1) China, die PLO und Israel:
Verurteilung der israelischen Angriffe
gegen Libanon und Irak; Unterstützung
des saudi-arabischen Nahostplans:
Anerkennung des Existenzrechts Israels**

Die israelischen Bombenangriffe gegen den Libanon im Juli und die Vernichtung irakischer Kernanlagen Anfang Juni 1981 waren für Peking ein Anlaß, erneut die israelische "Aggressions- und Expansionspolitik" und die Politik Begins zu verurteilen. Es handle sich hier um "neue Verbrechen" (XNA, 20.7.81), die auf Verwirklichung eines "Groß-Israel" (XNA, 3.7.81) hinausliefen und die nur deshalb möglich seien, weil die USA (ungeachtet bescheidener Kritik am Vorgehen gegen den Irak) grundsätzlich hinter der israelischen Politik stünden. Im übrigen hätten Experten der internationalen Atomenergieagentur bei der letzten Inspektion an der Reaktoranlage im Irak nichts feststellen können, was den Kernwaffensperrvertrag von 1978 verletzte. Der Vorwand, Israel habe einen potentiellen Atomaggressor rechtzeitig "entwaffnen" wollen, treffe gewiß nicht zu. Vielmehr habe Israel versucht, die technische Lücke zwischen sich und den anderen arabischen Staaten weiterhin offenzuhalten (XNA, 9.6.81).

Der israelische Angriff auf ein Flüchtlingslager im Libanon (XNA, 15.8.81) und der neue Sieben-Punkte-Vorschlag des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 8. August waren für China ein neuerlicher Anlaß, sich über Möglichkeiten des Friedens im Nahen Osten Gedanken zu machen. Die sieben Punkte lauten:

- Rückzug Israels aus allen im Nahost-Krieg 1967 besetzten Territorien,
- Beseitigung aller jüdischen Ansiedlungen seit 1967,
- Glaubensfreiheit aller Religionen an den heiligen Stätten,
- Anerkennung des Rechts der zwei Millionen obdachlosen Palästinenser auf Heimkehr,
- Errichtung einer UNO-Treuhandschaft über das von Palästinensern bewohnte Westufer des Jordan,
- Errichtung eines unabhängigen Palästinenser-Staates mit dem arabischen Sektor Jerusalems als Hauptstadt und
- Anerkennung des Rechts aller Staaten in der Region auf ein Leben in Frieden.

Die Reaktion der PLO war gespalten. Die von Arafat geführte Al Fatah begrüßte den Vorschlag. Das Hauptquartier der "Volksfront für die Befreiung Palästinas" dagegen sah in dem Vorschlag eine "hinterlistige" Einmischung der Amerikaner, und auch die "Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas" sprach sich gegen den Vorschlag aus. Entschieden abgelehnt wurde der Vorschlag schließlich auch von Israel.

Was nun Beijing anbelangt, so sieht es in dem saudi-arabischen Vorschlag einen konstruktiven Beitrag zur langfristigen Lösung der Nahost-Frage. Eine schnelle Lösung könne hier nicht erwartet werden; man müsse sich angesichts der "hartnäckigen israelischen Haltung" auf einen "langen und schwierigen Prozeß einrichten" (XNA, 14.8.81). Drei Elemente sind es vor allem, die den Chinesen an dem arabischen Vorschlag als wertvoll erscheinen, nämlich den Vorschlag von Verhandlungen als grundlegender Weg für eine friedliche Lösung, ferner die Gründung eines Palästinenser-Staates und nicht zuletzt die Anerkennung Israels (ebenda). Anerkennung Israels - dies ist ein Zugeständnis Beijings, das in dieser Klarheit bisher nicht zum Ausdruck gekommen ist. Bisher hatten sich die Chinesen zwar nicht der Einsicht entziehen können, daß Israel ein wertvoller "anti-hegemonistischer" Baustein in Mittelost ist, hatten jedoch gleichzeitig einsehen müssen, daß dieser Baustein im Gefüge der chinesischen Außenpolitik keinen Platz haben dürfe, da er von den anderen Verbündeten Chinas in Mittelost nicht akzeptiert werde. Der saudi-arabische Vorschlag öffnet nun einen Mittelweg zwischen Skylla und Charybdis an einer wichtigen Stelle chinesischer Nahostpolitik.

-we-

**(2) Südafrika: Gegner oder Partner oder beides?
(Handel mit China? Zur Namibia- und Apartheid-Frage)**

China gehört seit Jahren mit zu den schärfsten Kritikern des "südafrikanischen Rassistenregimes" und läßt keine Gelegenheit aus, mit freundlicher Geste zu den afrikanischen Ländern hin, die südafrikanische Apartheidpolitik und Pretorias Außenpolitik gegenüber den "Frontstaaten" zu verurteilen. Andererseits wird eben dieses China von der Sowjetunion beschuldigt, mit Südafrika Handel zu treiben, ja diesem strategisch wichtige Güter wie Waffen und Öl zu liefern. Aus diesem Grunde auch besteht ein Teil der chinesischen Pressepolitik darin, sich gegen solche Anschuldigungen zu verwehren und gleichzeitig die Sowjetunion als den eigentlichen Handelspartner Südafrikas anzuprangern. Am 23. Juli brachte die Washington Post einen Artikel, in dem es heißt, die CIA habe vom Verkauf chinesischer Atombrennstoffe an Südafrika erfahren. Die TASS griff das Thema noch am gleichen Tage auf

und sprach davon, daß die "Beijinger Hegemonisten eine verbrecherische Allianz mit den Imperialisten, Rassisten und Zionisten gegen die afrikanischen Völker schmieden". Am 5. März behauptete TASS, daß sich das Handelsvolumen zwischen Südafrika und Hongkong in den ersten 11 Monaten des Jahres 1980 vervielfacht habe, und zwar auf 308 Mio. US\$. Grund für diese Steigerung sei die Einschaltung von Handelsströmen aus der VRCh (TASS in BPA, Ostinfo, 5.3.81). Auch die vietnamesische Nhan Dan schloß sich solchen Vorwürfen an (SWB, 31.7.81).

Gegen Anschuldigungen dieser Art nahm ein Sprecher der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums Stel-

lung und bezeichnete Meldungen sie als "reine Erfindung" (XNA, 27. und 28.7.81). Nicht China, sondern die Sowjetunion unterhalte enge Beziehungen mit den "südafrikanischen Rassisten". Moskau, das an strategischen Materialien und an den interessanten Marinestützpunkten in Südafrika interessiert sei, pflege regen Kontakt mit Südafrika im Bereich des Gold-, Diamanten- und Platinhandels (XNA, 23.4.81, 18.6.81). Die Sowjetunion bediene sich überdies der Dienste anderer nach außen hin harmloser Institutionen, wie z.B. der westdeutschen Firma Klöckner-Humboldt-Deutz und verkaufe über diese Firma beispielsweise Bergwerkstechnologie an Südafrika (XNA, 13.5.81).

Dieser Vorwurf ließ nun wiederum die Sowjetpropaganda nicht ruhen. TASS gab zu verstehen, daß China ebenfalls nicht direkt, sondern über Scheingesellschaften mit Südafrika in Kontakt sei. Eine dieser Gesellschaften sei die in Brüssel ansässige "Südafrikanische Organisation zur Aufrechterhaltung von Kontakten zur Regierung der Republik Südafrika". Über diese Firma kauften die Chinesen von Südafrika Nickel, Kupfer, Zinn, Chromerz und andere strategische Rohmaterialien und benutzten dabei Hongkong als Hauptdurchgangsplatz. Im Gegenzug lieferten die Chinesen dafür Öl, Waffen und Stoffe zur Herstellung von Uniformen für die südafrikanische Armee und Polizei. 1979 hätten die "Rassisten in China" sogar schon Gefängniseinrichtungen aus Südafrika bezogen (wiedergegeben in MD Asien, 11.5.81, S.7 f.). Außerdem habe China den Südafrikanern bei dem vor 4 Jahren im Südatlantik stattgefundenen Atomtest Südafrikas Unterstützung geleistet (TASS, 4.9.81). Man sieht: Die beiderseitige Propaganda arbeitet für derbe Mägen!

Um sich nun ja von jedem Verdacht reinzuwaschen, versäumt China keine Gelegenheit, um sein Engagement gegen die südafrikanische Regierung zu demonstrieren: China unterstütze die Einheit Afrikas. Es trete dafür ein, daß die afrikanischen Länder und Völker sich gegenseitig konsultierten und für ihre gemeinsame Sache zusammenarbeiteten. China unterstütze diese Bemühungen, indem es stets an den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika festgehalten habe. China verurteile entschieden die südafrikanische "Aggression gegen Angola", so z.B. im Zusammenhang mit der angeblichen "Verfolgung von Terroristen" durch südafrikanische Truppen in Namibia auf angolanisches Gebiet hinüber. Namibia (Südwestafrika) ist ein früheres Treuhandgebiet Südafrikas, das allerdings nach Ablauf des UNO-Treuhandauftrags im Jahr 1978 von Südafrika nicht freigegeben, sondern stattdessen "annektiert" worden sei (Erklärung gegen die Übergriffe auf Angola in XNA, 28. und 29.8.81). 1961 hatte die 21.UNO-Generalversammlung auf Vorschlag von fünf westlichen Staaten die Treuhanderschaft über Namibia an Südafrika bis Ende 1978 erteilt. Anschließend solle das namibische Volk dann seine Unabhängigkeit erlangen. Schon damals allerdings wehrte sich die Swapo gegen diese treuhandliche Übernahme und begann ihren bewaffneten Kampf am 26. August 1966 durch einen Überfall auf südafrikanische Einrichtungen (XNA, 25.8.81).

In Namibia gibt es heute drei führende politische Kräfte, nämlich die Swapo, die dafür eintritt, daß das Land durch Wahlen unter UNO-Aufsicht eine Regierung und damit letztlich Unabhängigkeit gewinnt. Die zweite wichtige Kraft ist die

Namibische Nationalfront, die im Mai 1977 gegründet wurde und die - im Gegensatz zur Swapo - nicht den Weg des bewaffneten Kampfes sondern der friedlichen Annäherung auf dem Weg über "soziale Gleichheit und Gleichheit der Rassen" fordert.

Die dritte Kraft schließlich ist die "Demokratische Turnhallenallianz", die im Dezember 1978, also zum Zeitpunkt des Ablaufs des UNO-Mandats, aufgrund "allgemeiner Wahlen" gegründet wurde. Sie ist eine Zusammenfassung von 10 politischen Organisationen, schwarzen Stämmen und Vertretern der weißen Rasse, welche letztere auch die Führung innehaben.

Südafrika fordert, daß die Swapo und die Namibische Nationalfront sich durch einen Dialog mit der Turnhallenallianz über die Zukunft Namibias einigen und damit eine "innere Lösung" finden.

Sowohl als Swapo auch als die Namibische Nationalfront lehnen eine solche Verhandlungslösung mit den "Marionetten" Südafrikas ab und werden in dieser Politik von Peking entschieden unterstützt. Südafrika wünscht eine Lösung vom "Simbabwe-Typ", d.h. zuerst Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien, dann Erlaß einer Verfassung und zuletzt allgemeine Wahlen. Ein solches Vorgehen käme den südafrikanischen Behörden zugute (XNA, 23.4.81). Außerdem würden die Südafrikaner Zeit gewinnen, um ihre "innere Partei" stark zu machen, später eine Marionettenregierung zu errichten und Namibia zu einem Staat vom Typ der "Bantustans" mit scheinbarer Unabhängigkeit zu machen. Es sei ganz verständlich, daß Südafrika gerne im Besitz der Bodenschätze, vor allem der Diamanten- und Uranvorkommen in Namibia verbliebe. Doch sei das Streben der unterdrückten Nationen nach Unabhängigkeit zu einer allgemeinen Strömung geworden, das durch keine noch so obstruktive Politik mehr aufzuhalten sei (BRU 1981, Nr.4, S.11, und XNA, 25.4.81).

In einem Akt der Verzweiflung versuche Südafrika die sogenannten "Terroristen" der Swapo nicht nur nach Angola hinein zu verfolgen (so geschehen am 24.8.1981), sondern ihrer auch in Mozambique habhaft zu werden, so z.B. beim Angriff auf ein Flüchtlingslager des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) im Januar 1981. Daß solche Akte der Aggression nur noch tiefer ins Verderben führten, sei durch den Sturz des rhodesischen Rassistenregimes in Zimbabwe bewiesen worden (XNA, 26.2.81).

Aber nicht nur in der Namibia-Politik, sondern auch zuhause in Südafrika würden die "südafrikanischen Behörden" langfristig scheitern: Südafrika sei das letzte Bollwerk des Kolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent. Dort beherrschen die Weißen, die 16% der Bevölkerung ausmachten, die schwarze Mehrheit. In den vergangenen 30 Jahren seien 153 Unterdrückungsgesetze gegen Schwarze ergangen. Das Gerede von "Reformen" könne nichts daran ändern, daß sich die Apartheidpolitik in keiner Weise geändert habe: Laufend würden einflußreiche Zeitungen der Schwarzen verboten, neue Schikane, wie ein neues Paßsystem, eine neue Altersgrenze für Schwarze und dergl. festgelegt. Mit Hilfe der Gründung von 10 sog. "Homelands" sollen die Schwarzen Südafrikas auf 14% des südafrikanischen Territoriums zusammengedrängt werden,

während 86% des fruchtbaren Bodens den Weißen verblieben. In den bisher entstandenen 3 Homelands, die als "unabhängige Länder der Schwarzen" gelten, herrschten heute bereits Hunger, Unterernährung, Obdachlosigkeit und Familienzerrüttung. Mit dieser Politik müsse so schnell wie möglich Schluß gemacht werden: Südafrika habe die Rassentrennungspolitik abzuschaffen, die illegale Besetzung Namibias zu beenden und seine Angriffe gegen Nachbarländer einzustellen. Haupthindernis für die Realisierung dieser drei Ziele seien gegenwärtig allerdings die westlichen Industrieländer, die sich z.B. geweigert haben, an der Ende Mai 1981 in Paris abgehaltenen internationalen Konferenz zur Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika teilzunehmen. Vor allem 5 westliche Län-

der - die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik, Kanada - hätten vor Eröffnung der Konferenz eine Erklärung herausgegeben, in der sie "für eine international akzeptable Lösung für Namibia" eintraten. U.a. sollte die Turnhallenallianz während der Beratung der Namibia-Frage zu Worte kommen dürfen. Außerdem sollen die Päne für die Selbstverwaltung in Namibia durch weitere vertrauensbildende Maßnahmen ergänzt werden, nämlich durch Verwandlung Namibias in einen "neutralen Pufferstaat", Errichtung einer ständig entmilitarisierten Zone zwischen Namibia, Angola und Sambia, die nicht von UNO-Truppen, sondern von Einheiten aus den fünf westlichen Ländern und einem oder zwei afrikanischen Ländern kontrolliert werden sollen.

Sowohl die sechs Frontstaaten (Angola, Botswana, Mozambique, Sambia, Tansania und Zimbabwe) als auch die Swapo lehnen solche Zusatzvorschläge ab. Auch Beijing bezeichnet die Vorschläge der westlichen Länder als "kurzsichtig" (BRU 1981, Nr.24, S.11, und XNA, 5.5.1981).

-we-

(3) Balanceakt in Syrien

Im Oktober 1980 unterzeichneten die Sowjetunion und Syrien einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, der aus 15 Artikeln besteht und vorsieht, daß beide Seiten "voll und ganz auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft, Landesverteidigung, Wissenschaft, Technik und Kultur zusammenarbeiten". Nach Artikel 6 werden sich - wie dies in sowjetischen Freundschaftsverträgen stets vereinbart wird - beide Seiten im Falle der Bedrohung gegenseitig "konsultieren". Der Vertrag wurde auf 20 Jahre abgeschlossen.

Im Gegensatz zu seinen sonstigen Reaktionen in ähnlicher Situation, so z.B. bei der Unterzeichnung des sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsabkommens Ende 1978, zeigte sich Beijing bei der Kommentierung dieses Ereignisses höchst zurückhaltend. Allerdings verfolgte es aufmerksam alle Folgerscheinungen des als "Militärvertrag" apostrophierten Abkommens. So z.B. seien immer mehr sowjetische Kriegsschiffe in syrischen Häfen zu beobachten. Im Juli 1981 sei es zu gemeinsamen syrisch-sowjetischen Seemanövern gekommen, in deren Verlauf syrische Häfen als Anlaufstationen benutzt wurden. Außerdem seien in Syrien in der Zwischenzeit 5.000 sowjetische Experten stationiert (XNA, in: SWB, 8.8.81). Mitte Juli landeten an der syrischen Nordküste 12.000 sowjetische Marinesoldaten zu gemeinsamen sowjetisch-syrischen Manövern (XNA, 13.7.81).

Ereignisse dieser Art werden in der chinesischen Propaganda - entgegen sonstigen Kommentierungsgewohnheiten - sachlich und zurückhaltend konstatiert. Es geht den Chinesen offensichtlich darum, zu Syrien Beziehungen anzustreben, die sich notfalls schnell wieder bessern lassen. Vielleicht denkt man an den Präzedenzfall Ägypten. Beide Seiten nahmen - vielleicht aus diesem Grunde - die Gelegenheit des 25. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wahr, um gegenseitig Glückwünsche auszutauschen, deren Ton über die übliche diplomatische Höflichkeit hinausgehen (XNA, 31.7.81). China erinnert die syrische Regierung daran, daß das nächstliche Land mit unter den ersten gewesen sei, mit denen die Volksrepublik ihre Beziehungen habe normalisieren können. Syrien umgekehrt entsandte einen neuen Botschafter nach China (XNA, 31.7.81), dessen Aufgabe es vielleicht langfristig sein wird, die allzu einseitig gewordene Anlehnung an Moskau durch ein Stück Diversifizierung in Richtung Beijing wenigstens zu einem kleinen Teil wieder auszubalancieren.

-we-

INNENPOLITIK

(4) Provisorische Regelungen für Arbeiterkongresse erlassen

Der Allchinesische Gewerkschaftsbund, die staatliche Wirtschaftskommission und die Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei haben "vorläufige Regelungen" für die Arbeiterkongresse in staatlichen Industriebetrieben formuliert. Diese Regelungen wurden vom Zentralkomitee der Partei und vom Staatsrat genehmigt und in einem gemeinsamen Erlaß veröffentlicht. Wie in dem Erlaß zum Ausdruck kommt, soll das System der Arbeiterkongresse unter der Führerschaft des Parteikomitees Erfahrungen sammeln und den Weg ebnen für die geplante vollständige Reform des Systems der Betriebsleitung (XNA, 19.7.81).

Die wichtigsten Punkte der geplanten Reform sind wie folgt:

(Artikel 1) Die gesetzliche Grundlage für die Arbeiterkongresse bildet Artikel 17 der Verfassung der Volksrepublik China. Unter der Führerschaft des Parteikomitees übernimmt der Betriebsdirektor die Verantwortung für die Produktion.

(Artikel 2) Der Arbeiterkongress ist die Basisform des demokratischen Managements und ein Machtorgan, durch das Arbeiter und Angestellte an der Entscheidungsfindung, am Management und an der Überwachung der Kader teilnehmen können.

(Artikel 5) Der Arbeiterkongreß übt folgende Funktionen aus:

(a) Der Arbeitsbericht des Betriebsdirektors, Produktions- und Aufbaupläne, Budgets und Bilanzen werden diskutiert und geprüft, um das Potential des Betriebes auszuschöpfen, zu erneuern und umzuformen.

(b) Die Verwendung der Fonds für Arbeitsschutz, für Wohlfahrt und für Boni sowie andere Angelegenheiten von vitalem Interesse für die Betriebsangehörigen, wie z.B. Belohnung und Bestrafung von Arbeitern sowie Zuweisungen von Wohnungen, werden diskutiert, und Entscheidungen werden über diese Fragen herbeigeführt.

(c) Resolutionen im Hinblick auf die Reform der Betriebsorganisation, die Festsetzung der Löhne, die berufliche Ausbildung und die wichtigsten Regelungen der betrieblichen Ordnung werden diskutiert und verabschiedet.

(d) Die Führungskader auf allen Betriebsebenen werden überwacht. Der Arbeiterkongreß hat das Recht, tüchtige Kader zur Beförderung vorzuschlagen. Unfähige Kader oder solche, die Verluste verursachen, können den vorgesetzten Behörden zur Kritik oder zur Entlassung vorgeschlagen werden.

(e) In Übereinstimmung mit dem verantwortlichen Organ des Betriebes werden die Betriebsverwaltungen gewählt. Die demokratisch gewählten Kader müssen dann durch das verantwortliche Organ des Betriebes bestätigt und ernannt werden.

(Artikel 6) Der Betriebsdirektor muß dem Arbeiterkongreß regelmäßig Bericht erstatten und die Verantwortung übernehmen für die Ausführung der vom Kongreß erlassenen Resolutionen über Produktions- und Verwaltungsangelegenheiten. Der Arbeiterkongreß hat die Pflicht, den Betriebsdirektor bei der Ausübung seiner Funktionen zu unterstützen und der Betriebsleitung zu helfen, einen hohen Grad von Autorität in Fragen der Produktion aufrechtzuerhalten.

(Artikel 7) Der Arbeiterkongreß kann Vorschläge machen, wenn er mit einer Resolution oder Anweisung des verantwort-